

Antrag

öffentlich

Datum

26.11.2010

Nummer

A0184/10

Absender

Stadtrat Matthias Gärtner

Adressat

Vorsitzende des Stadtrates
Frau Wübbenhorst

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

09.12.2010

Kurztitel

Meile der Demokratie 2011 - Pietät wahren

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung als Mitorganisator der durch den linken „Miteinander e.V.“ durchgeführten Veranstaltung „Meile der Demokratie 2011“ wird beauftragt, das geplante Programm unter Gesichtspunkten einer natürlichen und der trauernden Bevölkerung entsprechenden Pietät durchzuführen. Bei der Veranstaltung „Meile der Demokratie“ sind daher Bühnenveranstaltungen mit Musik-, Kabarett- und Tanzveranstaltungen untersagt. Gleichgelagerte Inszenierungen, die dazu geeignet sind, den Magdeburger Trauertag den Grad einer populären Veranstaltung mit Volksfestcharakter zu verleihen, werden gleichfalls nach Maßgabe der Verwaltung untersagt.

Es wird um direkte Abstimmung in der Dezembersitzung des Stadtrates gebeten.

Begründung:

Der 16. Januar 1945 gehört zu den traurigsten Schicksalstagen der Stadt Magdeburg. An diesem Tag erfolgte die zweite fast vollständige Zerstörung der Stadt, als alliierte anglo-amerikanische Bomberverbände einen völkerrechtswidrigen Angriff auf die zivile Infrastruktur unserer Heimat unternahmen. Seit über 10 Jahren setzt sich die rechtsgerichtete „Initiative gegen das Vergessen“ für eine würdevolle Erinnerungskultur in der Landeshauptstadt ein. Bei der Veranstaltung der Initiative, die öffentlichkeitswirksam in einem Trauermarsch durch die Innenstadt Magdeburgs gipfelt, nehmen in der Regel rechte, rechtskonservative, radikal rechte und rechtsnationale Bürger, Politiker und Sympathisanten teil.

Bei dieser Veranstaltung kam es bisher zu keiner gewalttätigen Auseinandersetzung mit der Polizei. Seit 2 Jahren wird der Trauertag auch politisch gebraucht, indem Parteien der politischen Linken und der Mitte versuchen, einen politischen „Gegenpol“ gegen den Trauermarsch von Rechts zu setzen. Die Veranstaltung unter dem Namen „Meile der Demokratie“ versucht dabei, eine mediale Fokussierung unter dem gesellschaftlich-tolerierten Mantel des „Kampfes gegen Rechts“ zu erreichen.

Bei allen politisch sich diametral gegenüberstehenden Meinungen, dürfen jedoch die Befindlichkeiten der Magdeburger Bevölkerung nicht außer Acht gelassen werden. Insbesondere sei hier an jene Bevölkerungsteile gedacht, die Familienangehörige bei diesem Kriegsverbrechen zu beklagen hatten. Die politische Auseinandersetzung zwischen Links, Mitte und Rechts hat ggf. in dem dafür vorgesehenen Raum, also im Zuge der parlamentarischen

Artikulation, stattzufinden und sollte nicht zu Ungunsten der Emotionen und Befindlichkeiten der Magdeburger erfolgen.

Eine politische Darstellung im Zuge einer feiernden und wohlgelaunten „Party-Gemeinschaft“ im Zusammenhang mit einem Trauertag, an dem mehrere tausende Magdeburger das Leben lassen mussten, ist pietätlos und muss in jedem Fall unterbunden werden. Ausgenommen davon sind generell Maßnahmen von Willensäußerungen, die den politischen Charakter im Sinne der FDGO und der freien Meinungsäußerung nach GG der Bundesrepublik gewährleisten.

Matthias Gärtner
Stadtrat - NPD